

SCHWEIZER

FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.

Renteninitiative
unterschreiben!

Unternehmer sagen Ja zum CO₂-Gesetz

Zahlreiche Unternehmer engagieren sich für ein Ja zum CO₂-Gesetz. Darunter auch Michael Hänzi, Mitinhaber des Berner Informatikdienstleisters Talus AG. Hänzi richtet die Talus AG seit der Gründung schrittweise umweltfreundlich aus. **Seiten 4 und 5**

Für eine Landwirtschaft mit Zukunft

Die Landwirtschaft wird von vielen Seiten zu Unrecht skandalisiert. Im Parlament sind mehrere Projekte aufgegleist, die zu einer Reduktion des Pestizideinsatzes führen. Zudem setzt sich die FDP für eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft ein. **Seiten 6 und 7**

Schlusspunkt für die Renteninitiative

Die monatelange Unterschriftensammlung für die Renteninitiative neigt sich ihrem erfolgreichen Ende zu. Für die letzten Wochen bis zur Einreichung im Juli leisten die Jungfreisinnigen noch einmal einen grossen Effort, damit die Altersvorsorge gesichert werden kann. **Seiten 13 und 22**

Peter Hodel ist gewählt



Bei den Solothurner Regierungsratswahlen gewinnt die FDP einen zweiten Sitz. **Seite 20**



Jetzt handeln!

Ja zum PMT-Gesetz

Am 13. Juni stimmt die Schweiz über das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) ab. Das Gesetz ermöglicht den Behörden die gezielte Überwachung von einzelnen Gefährdern in allen Phasen der Radikalisierung und die Möglichkeit, situationsgerecht einzugreifen. Die FDP-Delegierten und die FDP-Bundeshausfraktion sagen Ja zum PMT-Gesetz. Bundesrätin Karin Keller-Sutter erläutert in dieser Ausgabe die Notwendigkeit der Massnahmen.

Seite 18

Inhalt

- 3 Update zur Enkelstrategie
- 4/5 Unternehmer sprechen sich für das CO₂-Gesetz aus
- 6/7 Ungerechtfertigte Skandalisierung der Landwirtschaft
- 8 RADIGAL:
Zurich Pride am 19. Juni
- 9 FDP International vergleicht Corona-Politik der Türkei und der USA
- 10 FDP Service Public berichtet aus Rheinfelden
- 11 FDP Frauen wollen Beruf und Familie besser vereinbaren
- 12 Jungfreisinnige fassen Parolen für den 13. Juni
- 13 Engagierte
Unterschriftensammler
- 14 Vorschau auf die Sommersession
- 15 Nein zu den Agrarinitiativen
- 16 NR Regine Sauter setzt sich für das Covid-19-Gesetz ein
- 17 Gute Gründe für das CO₂-Gesetz
- 18 Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview
- 19 FDP bekennt sich zum bilateralen Weg
- 20 Peter Hodel ist Solothurner Regierungsrat
- 21 Gastbeitrag
von Kamylla Lisi-Brandino
- 23 Vermischtes



Mehr Tempo ist nötig

Impfungen ebnen den Weg aus der Krise

Liebe Freisinnige

Mit den im April verkündeten Lockerungsschritten des Bundesrats haben wir endlich wieder ein Stück Freiheit zurückerlangt. Weiterhin gelten jedoch Corona-bedingte Einschränkungen – eine Perspektive und ein zuverlässiges Ausstiegsszenario sind auch mit dem bundesrätlich vorgeschlagenen Drei-Phasen-Modell noch nicht greifbar. Wir alle werden weiterhin auf eine harte Geduldprobe gestellt.

Einen Impfwang lehne ich ab. Jedoch gelingt uns der Weg aus der Krise nur mit einer koordinierten Impf- und Teststrategie. Die zuständigen Bundes- und Kantonsämter haben es verpasst, bis Ende April 30 Prozent der Bevölkerung zu impfen – und sind damit der Forderung der FDP aus ihrem 100-Tage-Aktionsplan nicht nachgekommen. Es muss endlich schneller vorwärtsgehen beim Impfen. Mit jedem Tag nehmen die gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Schäden zu.

Nicht nur die Corona-Krise beschäftigt die Schweiz, sondern auch die Beziehungen zur EU. Der bilaterale Weg mit der EU ist eine Erfolgsgeschichte – eine Sicherung und Weiterführung ist von höchster Bedeutung. Bundespräsident Parmelin ist Ende April ohne die erhofften politischen Zugeständnisse bei den ausstehenden Punkten aus Brüssel zurückgekehrt. Der Gesamtbundesrat ist aufgefordert, seine Führungsverantwortung wahrzunehmen und aufzuzeigen, wohin der Weg gehen soll.

Unsere Nachkommen eine intakte Lebensgrundlage sichern.

Klarheit besteht hingegen darüber, dass wir heute handeln müssen, um auch künftigen Generationen

eine intakte Lebensgrundlage zu hinterlassen. Dies sind wir unseren Nachkommen schuldig. Deswegen unterstütze ich das CO₂-Gesetz und empfehle Ihnen, bei der Abstimmung am 13. Juni 2021 ein Ja einzulegen. Das Gesetz setzt auf liberale Rahmenbedingungen – nicht Verbote, sondern das Verursacherprinzip liegt ihm zugrunde. Es schafft die Voraussetzungen für nachhaltiges Wirtschaften, ohne dass dies zwingend mehr kostet. Der Schlüssel liegt in der Innovation.

Ihre Stimme zählt.

Nicht nur das Coronavirus fordert Menschenleben, sondern auch terroristisch motivierte Straftaten. Mit der Annahme der PMT-Vorlage – ebenfalls am 13. Juni 2021 in der Volksabstimmung – könnten wir präventiv dagegen vorgehen. Das Gesetz erhöht die Sicherheit und den Schutz für unsere Bevölkerung, unsere Werte und unsere Institutionen.

Freisinnige und liberale Werte sind die Grundlage des Erfolgsmodells Schweiz. Ich würde mich freuen, wenn auch Sie sich dafür einsetzen und am 13. Juni 2021 an die Urne gehen. Jede Stimme zählt! Unsere Abstimmungsempfehlungen finden Sie in der vorliegenden Ausgabe.

Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre und danke Ihnen herzlich für Ihre Unterstützung einer liberalen Politik.

Ihre Petra Gössi
Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz



Altersvorsorge und Gesundheit der Zukunft

Erstes Kompasspapier zur Enkelstrategie wird lanciert

Damit auch unsere Kinder und Enkelkinder in einem Erfolgsmodell Schweiz leben können, müssen wir heute die Weichen richtig stellen. Im Rahmen der Enkelstrategie packt FDP.Die Liberalen grosse Herausforderungen unserer Zeit an: In einem «Kompass» legt die FDP Ziele und Lösungen für einen starken Wirtschaftsstandort, gesicherte Sozialwerke und intakte Lebensgrundlagen vor. Das erste Kompasspapier zur Altersvorsorge und Gesundheitspolitik befindet sich auf der Zielgeraden – ich präsentiere Ihnen einige Eckwerte.

Die Herausforderungen dieser Legislatur wären auch ohne Corona-Krise schon gross genug. So muss endlich eine mehrheitsfähige, zielführende Reform der Altersvorsorge gelingen. Auch das Gesundheitswesen wird in den kommenden Jahren zu grossen Diskussionen führen – die Pandemie hat den Reformbedarf unseres Gesundheitswesens ans Licht gebracht, allem voran den Rückstand in Sachen Digitalisierung. Uns Freisinnigen ist wichtig, dass auch unsere Nachkommen auf gute Vorsorge- und Gesundheitsleistungen vertrauen können. In unserem ersten Kompasspapier im Rahmen der Enkelstrategie packen wir diese beiden Bereiche an:

Flexible Vorsorge mit nachhaltiger Finanzierung

Unser Drei-Säulen-System der Altersvorsorge ist einzigartig. Wir müssen dazu Sorge tragen und es weiterentwickeln. **Flexibilität** ist das Zauberwort, denn starre Systeme gehören der Vergangenheit an. Die Parameter der Altersvorsorge sollen sich nach den demografischen Realitäten richten – und nicht

nach den Gelüsten politischer Lager. Ebenfalls wichtig ist eine **nachhaltige Finanzierung**, und zwar im doppelten Sinne – ökonomisch wie ökologisch. Entsprechend sollte die Anlagepolitik der Altersvorsorge vermehrt auch dem ökologischen Nachhaltigkeitsaspekt Rechnung tragen.

Ein drittes Ziel ist **Ausgewogenheit**: Reformen dürfen nicht einseitig angegangen werden, sondern es braucht Massnahmen auf der Beitrags- und der Leistungsseite. Denn Voraussetzung für soziale Nachhaltigkeit ist letztlich immer eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung.

Schliesslich ist die wachsende Umverteilung von Jung zu Alt in der beruflichen Vorsorge ein grosses Problem. Diese Querfinanzierung gehört abgeschafft.

Gesundheit: Der Patient im Mittelpunkt

Wie wichtig ein qualitatives, starkes Gesundheitssystem ist, zeigt uns die Corona-Krise eindrücklich. Umso mehr gilt es, die hohe Qualität des

schweizerischen Gesundheitssystems zu wahren, damit auch unsere Nachkommen darauf bauen können.

Generell sollten wir weniger über Kosten und mehr über das Verhältnis von Preis und Leistung reden: Der Patient muss wieder im Mittelpunkt stehen, und er soll auch seine individuelle Verantwortung wahrnehmen können. Dazu muss er bezüglich Leistungserbringer und Versicherer Wahlfreiheit haben. Zudem muss die Qualität erbrachter Leistungen transparenter werden: Der Patient soll wissen, wofür er sich entscheidet.

Generell ist die Nationalisierungstendenz im Gesundheitswesen zu stoppen – das föderale System ist wichtig und gehört gestärkt. Der Wettbewerb soll spielen können. Zentralisierung braucht es nur, wo es der Qualität wirklich nützt, wie beispielsweise bei einer verstärkten überregionalen Zusammenarbeit der Spitäler. Überangebote sind abzubauen.

Schliesslich – und das hat Corona deutlich gemacht – muss unbedingt die Digitalisierung im Gesundheitswesen vorangetrieben werden. Dabei legt der Bund die Rahmenbedingungen fest und garantiert der Bevölkerung die Hoheit über ihre Daten.

Bald erfahren Sie mehr!

Entlang dieser grossen Linien formulieren wir im Kompasspapier verschiedene mittel- und langfristige Forderungen in den Bereichen Vorsorge und Gesundheit. Das entsprechende Kompasspapier präsentieren wir im Rahmen der kommenden Delegiertenversammlung vom 3. Juli. Sie dürfen gespannt sein!

Petra Gössi

Nationalrätin und Präsidentin FDP.Die Liberalen

Unterstützen Sie die Enkelstrategie

Die Enkelstrategie der FDP ist ein langfristig angelegtes und aufwendiges Grossprojekt. Mit Ihrer Spende unterstützen Sie direkt die Umsetzung enkeltauglicher Projekte für die Schweiz von morgen.

Scannen Sie dazu einfach den untenstehenden QR-Code mit Ihrer Twint-App und geben Sie den gewünschten Beitrag ein. Vielen Dank für Ihren Support!





IT-Unternehmen setzt auf Umweltschutz

Talus AG nimmt Verantwortung wahr

Michael Hänzi, Mitinhaber der Talus Informatik AG (Talus), unterstützt das CO₂-Gesetz. Für den Unternehmer ist klar, dass Anreize für umweltfreundliches Verhalten viel bewirken können. So produziert das Berner Unternehmen einen Drittel seines Strombedarfs selbst.

Einen Stuhl, einen Schreibtisch, einen PC, ein (damals klobiges) Handy und etwas Aktienkapital. Das war die Mitgift, die man mitbringen musste, wenn man Ende 1994 zu den Gründern der damaligen Tankred – Dienstleistungen für Verwaltungen AG (heutige Talus) – gehören wollte. Zwölf Gründer wagten den Schritt in die Selbstständigkeit und legten den Grundstein für das Informatikunternehmen, das heute gut 100 Mitarbeiter zählt. Zu den Initianten gehörte auch Michael Hänzi. Der heutige Mitinhaber und Verwaltungsrat hat die Entwicklung von der kleinen IT-Firma zum Anbieter für IT-Gesamtlösungen miterlebt und mitgeprägt. Heute zählt die Talus, die im bernischen Seedorf beheimatet ist, zahlreiche Gemeinden, Städte und Energieversorger zu ihren Kunden, die

aus der ganzen Deutschschweiz und dem Tessin stammen. «Eigentlich wollten wir nie wachsen», sagt Hänzi. «Um der steigenden Anzahl Kunden ausreichenden Service zu bieten, wurden mehr Mitarbeiter nötig, und das führte schliesslich zur heutigen Grösse.»

Umweltschutz seit 1994

Der Firmenmitbegründer führt engagiert durch seinen geräumigen Betrieb und nimmt gerne zwei Treppenstufen auf einmal. Wegen der Homeoffice-Pflicht sind die meisten Mitarbeiter nicht anwesend. In normalen Zeiten können sie aber von einer Kantine und Aufenthaltsräumen profitieren. Pingpongische und gelbe Wände erinnern entfernt an einen etwas grösseren Techkonzern. «Wir wurden



Michael Hänzi, Mitinhaber der Talus Informatik AG.

auch schon als Google aus dem Seeland bezeichnet», sagt Hänzi lachend.

In den 27 Jahren seit der Gründung der Talus hat sich die IT-Welt fundamental gewandelt. Nicht verändert hat sich bei der Talus die Haltung, umweltschonend zu handeln. Bereits in den Unternehmensgrundsätzen von 1994 stand: «Wir wollen im

Drei Unternehmer für das CO₂-Gesetz



«Mit diesem Gesetz holen wir mehr Wertschöpfung in die Schweiz und senken gleichzeitig den CO₂-Ausstoss.»

Michael Schär
Stv. Geschäftsführer Hector Egger Holzbau



«Die Zeit ist reif für das CO₂-Gesetz. Der langfristige Nutzen ist grösser als mögliche Einschränkungen.»

Daniel Arn
CEO Hans Christen AG



«Das CO₂-Gesetz sorgt für Investitionen in der Schweiz, die dem Gewerbe und lokalen Firmen zugutekommen.»

Martin Flury
Meisterlandwirt

Rahmen unserer Möglichkeiten die Umwelt schonen und mit den begrenzten Ressourcen sorgfältig umgehen.» Diesen Grundsatz hat das Unternehmen seither beherzigt und auf verschiedenste Weise umgesetzt. In den letzten Jahren liess die Talus ihre Räumlichkeiten analysieren und nahm verschiedene energetische Sanierungen vor. Dank diesen Verbesserungen und einer Photovoltaikanlage auf dem Dach, die jährlich ca. 424 000 kWh produziert und damit einen Drittel des Strombedarfs des Unternehmens abdeckt. «Dank unserem erfreulichen Geschäftsgang in den letzten Jahren konnten wir uns diese Investitionen leisten und unsere Umweltbilanz verbessern», sagt Hänzi. Wenn es um den Energieverbrauch geht, steht die IT-Branche weniger im Fokus als andere. Dabei sind die rund 900 Server, die bei der Talus im Keller stehen, auch energieintensiv. Das Unternehmen setzt für die Kühlung des Rechenzentrums auf eine sogenannte Free-Cooling-Anlage, die mit geringem Energieaufwand die Umgebungskälte nutzt.

Support für das CO₂-Gesetz

Für Hänzi ist klar, dass Unternehmen eine Verantwortung haben, die über Gewinnzahlen hinausgeht. Deshalb unterstützt Hänzi auch das revidierte CO₂-Gesetz, das am 13. Juni zur Abstimmung kommt. «Für mich ist zentral, dass mit Anreizen statt Verboten operiert wird. Dadurch gedeihen Innovation und Technologie am besten», betont Hänzi. Ein absolutes Verbot von Ölheizungen wäre aus seiner Sicht beispielsweise übertrieben, da es topografische Gegebenheiten gebe, die Alternativen verunmöglichen würden.

Als ehemaliger FDP-Gemeinderat von Wohlen bei Bern kennt Hänzi nicht nur die unternehmerische Position, sondern auch die Politik gut. «Die öffentliche Hand hat genauso eine Verantwortung wie die Unternehmen. Ein Miteinander ergibt gute Lösungen», ist Hänzi überzeugt. Mit dem CO₂-Gesetz würden die Grundlagen dafür geschaffen. Der Unternehmer setzt sich auch dafür ein, dass die Talus ihr Engagement im Umweltbereich fortsetzt:

«Green IT ist immer mehr ein Verkaufsargument.» Für Hänzi ist klar: «Wirtschaftlich und nachhaltig denken muss kein Widerspruch sein.»

Marco Wölfli

Blueprints.ch

Auf der neuen Plattform Blueprints.ch hält die FDP ihr Engagement in Sachen Umwelt- und Klimapolitik fest. Dazu zählen nicht nur Aktionen auf Bundesebene, sondern auch in den Kantonen und Gemeinden. Neu ist der Bereich Blue KMU, wo Porträts von innovativen, nachhaltigen (und liberalen) Unternehmen zu finden sind. Halten Sie Ihre Smartphone-Kamera auf den QR-Code und Sie gelangen direkt auf Blueprints.ch.



«Eine florierende Wirtschaft funktioniert nur mit gesunden Menschen in einer gesunden Umwelt.»

Reformen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft sind bereits aufgegleist.



Konstruktive Lösungen statt Skandalisierung

Extreme Agrarinitiativen schiessen über das Ziel hinaus

Die Agrarinitiativen, über die wir am 13. Juni abstimmen, rücken die Schweizer Landwirtschaft noch mehr als sonst in den Fokus der öffentlichen Debatte. Das düstere Bild, das von der Landwirtschaft gezeichnet wird, ist vor allem Abstimmungspolemik und dient der Skandalisierung. Zeit also für einen Schritt zurück und den Blick auf konstruktive Lösungen zugunsten einer zukunftsfähigen Landwirtschaft.

Seit geraumer Zeit häufen sich die negativen Berichterstattungen rund um unser Trinkwasser. Zu lesen ist von überschrittenen Grenzwerten, zu hohen Antibiotikarückständen oder der Überdüngung unserer Böden. Diese Erkenntnisse und Risiken sind ernst zu nehmen und mit geeigneten Instrumenten zu begegnen. Wir alle wollen eine Schweiz mit gesundem Trinkwasser und gesunden Lebensmitteln – und ich persönlich bin nicht bereit, weder auf das eine noch auf das andere zu verzichten. Klar ist aber auch, dass die Initianten aus strategischem Kalkül diese Berichterstattung

zugunsten ihrer Anliegen nutzen. Die daraus entstehende Polemik soll Unsicherheit und Angst wecken – um die Abstimmungen zu gewinnen. Auf der Strecke bleiben dabei leider zu oft die sorgfältige Auseinandersetzung mit den Fakten. Denn diese sind bei weitem nicht so skandalbehaftet und

rechtfertigen es, beide Initiativen zu verwerfen, weil sie klar über das Ziel hinausschiessen.

Signifikante Verbesserungen erzielt

Die vielen positiven Entwicklungen werden in der Debatte ausgeblendet: Allein in den letzten zehn Jahren ging der Verbrauch an chemischen Mitteln für die konventionelle Landwirtschaft um 40 Prozent zurück. Auch insgesamt ist der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln im selben Zeitraum um 27 Prozent gesunken.

Wichtig zu wissen: Alle verwendeten Pflanzenschutzmittel sind von den Behörden offiziell zugelassen, und es gibt ständige, strenge Kontrollen. Wird also zum Beispiel im EU-Raum ein Pflanzenschutzmittel verboten, weil es als gesundheit-

«Die vielen aufgegleisten Massnahmen zeigen: Bund und Parlament ist es ernst.»

lich als gefährlich eingeschätzt wurde, hat das direkte Konsequenzen auf die Zulassung in der Schweiz. Auch das Trinkwasser wird behördlich überwacht und hat im internationalen Vergleich einen der höchsten Standards. Wir können unser Hahnenwasser bedenkenlos trinken – heute wie auch morgen.

Lebensmittelgesetz setzt hohe Standards

Der Gesetzgeber stellt mit dem Lebensmittelgesetz (LMG) ein griffiges Instrument für sauberes Trinkwasser und Lebensmittel bereit. Dort gilt «Wasser für den menschlichen Konsum» als Lebensmittel. Darin legt der Bund auch Rückstandshöchstgehalte von Pestiziden und Nitrat fest, bei deren Einhaltung Lebensmittel inklusive Trinkwasser als gesundheitlich unbedenklich gelten. Stellt die Vollzugsbehörde gesundheitsschädliche Überschreitungen fest, hat es mit Art. 34 LMG die notwendigen Instrumente, um rasch zu handeln.

Handlungsbedarf erkannt und korrigiert

Es ist aber nicht so, dass sich die Politik und die zuständigen Behörden mit den jetzigen Erfolgen oder Standards zufriedengeben. Darum nimmt etwa die parlamentarische Initiative 19.475 «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren» die Kernanliegen der Initiativen direkt auf. Bis 2027 sollen die mit Pflanzenschutzmitteln verbundenen Risiken für Oberflächengewässer, naturnahe Lebensräume und als Trinkwasser genutztes Grundwasser um 50 Prozent reduziert werden – der Bundesrat kann zudem den weiteren Absenkpfad festlegen. Bei einer Grenzwertüberschreitung verliert das betreffende Produkt seine Zulassung. Hier wurde ein zentrales Anliegen der Initianten aufgenommen. Nicht zuletzt zeigt der «Massnahmenplan sauberes Wasser», der die parlamentarische Initiative genauer definiert und aktuell in der Vernehmlassung ist, dass es dem Bundesrat ernst ist.

Ein weiteres Beispiel ist der Aktionsplan zur Risikoreduktion und nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln. Damit sollen die Risiken halbiert und Alternativen zum chemischen Pflanzenschutz gefördert werden. Bereits mit dem Start des Aktionsplans Pflanzenschutz im Jahr 2017 haben die Behörden zahlreichen Wirkstoffen die Zulassung entzogen. Im Frühling hat das Parlament die Regeln bei der Pestizidzulassung noch weiter verschärft. Mit dem Aktionsplan werden laut einer Prognose des Forschungszentrums Agroscope des Bundesamtes für Landwirtschaft in fünf Jahren 45 Prozent der freien Flächen und Felder mit mehrjährigen Kulturen pestizidfrei. Das ist schneller und konkreter umsetzbar als mit den extremen Agrarinitiativen – und führt zu weniger unerwünschten Nebeneffekten.

«Die Schweiz hat im internationalen Vergleich einen der höchsten Standards in der Lebensmittelqualität und beim Trinkwasser.»

AP22+ als Chance für die Schweizer Landwirtschaft

Die FDP hat alle diese bereits ergriffenen Massnahmen unterstützt und sich in ihrem Positionspapier vom Sommer 2019 für eine freisinnige Umwelt- und Klimapolitik erneut klar zu einer ökologischeren Landwirtschaft bekannt. Anstatt diese aber mit den extremen Agrarinitiativen mit dem Vorschlaghammer zu forcieren, will die FDP das Ziel mit richtig gesetzten Rahmenbedingungen, Anreizen und mit Technologieoffenheit erreichen. Selbstredend unterstützen wir ebenso die Senkung des Einsatzes der Pflanzenschutzmittel, allerdings wäre ein komplettes Anwendungsverbot dieser Wirkstoffe kontraproduktiv. Es fehlen wirksame Alternativen in diversen Kulturen. Bei einem vollständigen Verzicht wäre die Qualitätsproduktion gefährdet, und es droht eine hohe Resistenzgefahr.

Anstatt zu skandalisieren, will die FDP mehr Zeit in die Weiterentwicklung der Agrarpolitik investieren. Ein zentraler Pfeiler in dieser umfassenden Debatte ist die Agrarpolitik nach 2022 (AP22+). Sie baut auf den vorhergehenden Mass-

nahmen auf und soll einerseits dazu beitragen, die Schweizer Landwirtschaft und insbesondere gesunde Schweizer Lebensmittel und Trinkwasser zu sichern. Andererseits soll sie zur Stärkung der Effizienz der Betriebe und zur Reduktion der Umweltbelastung führen. Die stark kritisierte Aufschubung der Debatte über die AP22+ blendet jedoch aus, dass der ursprüngliche Entwurf bei weitem nicht den Ansprüchen einer umfassenden Weiterentwicklung gerecht wurde. Produktionsentscheide sollen verstärkt auf die Nachfrage der Konsumenten, Selbstverantwortung und Innovationskraft der Landwirtschaft ausgerichtet werden. Es war darum richtig, für die AP22+ eine Gesamtschau zur zukünftigen Ausrichtung der Agrarpolitik mit der vertieften Prüfung von Verbesserungsmöglichkeiten zu fordern. Nur so können die Weichen für eine zukunftsgerichtete Schweizer Landwirtschaft mit einer qualitativ hochstehenden Produktion in einem wettbewerbsfähigen Umfeld gestellt werden.

Daniela Schneeberger, Nationalrätin BL



Die beiden Agrarinitiativen schiessen übers Ziel hinaus.

Mentari Baumann auf der Bühne der Zurich Pride.



Zurich Pride

«Trau Dich! Ehe für alle jetzt!»

Mit Mentari Baumann an der Spitze findet am 19. Juni die Zurich-Pride-Demo unter dem Motto «Trau Dich! Ehe für alle jetzt!» statt. Politisch engagiert sich die Präsidentin der Zurich Pride als Geschäftsleitungsmitglied der FDP Frauen Schweiz sowie als Co-Präsidentin von RADIGAL (LGBTI-Fachgruppe der FDP. Die Liberalen Schweiz). Im Interview erzählt sie, was uns an der diesjährigen Pride erwartet und weshalb alle willkommen sind, mitzulaufen.

Du bist bereits mit 16 Jahren den Jungfreisinnigen beigetreten. Was hat dich politisiert? Als lesbische Jugendliche wurde mir sehr früh bewusst, dass ich nicht die gleichen Rechte wie andere in meinem Freundeskreis habe. Dies hat mein Interesse für Politik geweckt. Anfangs war ich nicht geoutet und habe ich mich deshalb innerhalb der Partei nicht für LGBTI-Themen engagiert.

Was beinhaltet dein Engagement als Zurich-Pride-Präsidentin, und was gefällt dir dabei am besten? Es hat mir enorm viel Mut gegeben, dank der Zurich Pride viele geoutete und glückliche Menschen kennen zu lernen. Am meisten Freude bereitet mir aber der Kontakt zu den verschiedensten Menschen, auch Kritiker innerhalb und ausserhalb der

Community oder Unternehmen, die LGBTI-freundlicher werden wollen.

Letztes Jahr musste die Pride aufgrund von bekannten Gründen abgesagt werden. Wie sieht es dieses Jahr aus? Am 19. Juni präsentieren wir das einmalige Pride TV, vollgepackt mit queerer Musik, Unterhaltung, Interviews sowie informativen Beiträgen. Auch die Demo versuchen wir durchzuführen, jedoch musste das Festival abgesagt werden.

In eurem Verein gibt es ein Ressort Politik und eine politische Bühne. Wie politisch ist die Zurich Pride? Die Zurich Pride ist keine politische Organisation per se, wir kämpfen für Visibilität und Normalisierung der Lebensrealitäten von LGBTI-Menschen.

«Es hat mir viel Mut gegeben, dank der Zurich Pride viele geoutete und glückliche Menschen kennen zu lernen.»

Zurich Pride

Wann: Samstag, 19. Juni 2021

Wo: Zürcher Innenstadt

Anmeldeschluss: Montag, 7. Juni 2021

Gratisanmeldung für Teilnahme an Demo und liberales Pride-Shirt:



<https://bit.ly/32UyriB>

Kontakt bei Fragen:
jill.nussbaumer@jungfreisinnige.ch

In einer Welt, in der Homophobie und Transphobie immer noch existiert und wir nicht die gleichen Rechte haben, ist alles, was wir machen, politisch.

Weshalb ist es wichtig, dass FDP und Jungfreisinn an der Zurich Pride teilnehmen? Mit einer breiten Teilnahme der FDP und Jungfreisinnigen werden LGBTI-Parteimitglieder unterstützt und gesellschaftsliberale Anliegen bestärkt. Deshalb ist auch die Partizipation von heterosexuellen Unterstützern wichtig und willkommen.

Worauf freust du dich bei der diesjährigen Pride am meisten? Aus der Not entstand das Experiment des Pride TV, und darauf freue ich mich! Zudem ist 2021 ein wichtiges Jahr, denn wir stimmen mit der Ehe für alle über ein zentrales Anliegen ab. In diesem speziellen Jahr die Pride präsidieren zu dürfen, ist ein Privileg.

Jill Nussbaumer
Kommunikationsverantwortliche RADIGAL,
Vizepräsidentin Jungfreisinnige Schweiz

www.radigal.ch

In der Wintersession 2020 haben Stände- und Nationalrat der Ehe für alle zugestimmt – auch dank der Unterstützung der FDP. Der Entscheid unterstand dem fakultativen Referendum, das jetzt zustande gekommen ist. Ein überparteiliches Komitee mit Vertretern von SVP und EDU hat die notwendigen Unterschriften eingereicht. Darum wird schon bald das Volk darüber befinden können. Wann die Abstimmung stattfindet, ist noch offen.

Der Umgang mit der Pandemie

Ein Blick in die USA und die Türkei

Am 13. Juni stimmen wir über das Covid-19-Gesetz ab. Grund genug, die Corona-Situation in den föderalistischen USA und der zentral regierten Türkei unter die Lupe zu nehmen – wie geht man in verschiedenen Staatsformen mit der Pandemie um? Welche Rolle spielt das kulturelle Umfeld?

In den USA war die Corona-Pandemie im Verhältnis zur Bevölkerung 40 Prozent tödlicher als in der Schweiz. Vor allem zu Beginn wurden die Auswirkungen unterschätzt, und damit ging wertvolle Zeit verloren. Zwar wurden die Grenzen zu China und Europa relativ rasch geschlossen. Aber man scheute sich – nicht zuletzt aus politischen Gründen – vor Maskenobligatorien oder Restaurantschließungen. Unterdessen liegen die Neuinfektionen in den USA aber wieder unter den Schweizer Werten, und Amerika ist eines der schnellsten Länder in der Impfstoffverteilung. Was lief richtig und was lief falsch jenseits des Atlantiks?

Abgesehen von einigen Koordinationsaufgaben auf Bundesebene sind in den USA die Bundesstaaten beziehungsweise die Counties für die Pandemiebekämpfung zuständig. Die getroffenen Massnahmen der über 2000 Gesundheitsämter fielen denn auch regional unterschiedlich aus. Die föderalistische Struktur erlaubte die flexible Anpassung von Massnahmen je nach lokaler Situation. Gerade in den stark heterogenen USA war diese Flexibilität zwingend und begünstigte eine gerechte Verteilung der Impfstoffe.

Es zeigten sich aber auch schonungslos die Schwächen des Föderalismus: Der zusätzliche Koordinationsaufwand benötigte Ressourcen, welche die überlasteten Gesundheitsämter nicht hatten. Eine gesamtheitliche Lageübersicht – beispielsweise über Beatmungsgeräte – fehlte, und es kam zu Verteilungskämpfen zwischen den Bundesstaaten. Fehlende Absprachen und Koordination mit den Nachbargemeinden führten zu einem «Freiheiten-Tourismus».

Ankara beschliesst Massnahmen und setzt auf App

Die Türkei hat sehr früh reagiert und die Grenzen zu den Nachbarländern geschlossen. Es gilt All-

gemeine Maskenpflicht ausserhalb des Hauses, Schulen waren fast ein Jahr geschlossen, für Ü65 galt im ersten halben Jahr praktisch Ausgangssperre (seither Ausgang nur von 10 bis 13 Uhr) und keine Nutzung des öffentlichen Verkehrs. An Wochenenden gilt Ausgangssperre für alle. Restaurants sind seit August geschlossen (mit Ausnahme von ein paar Wochen im März 2021).

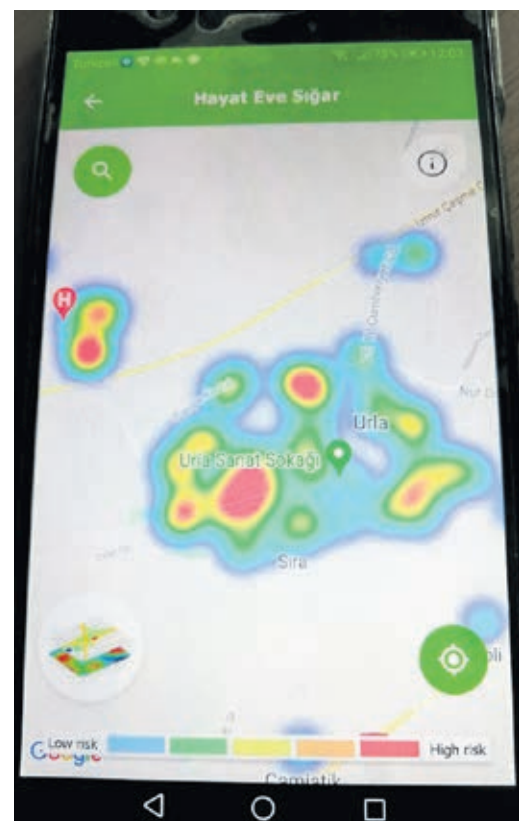
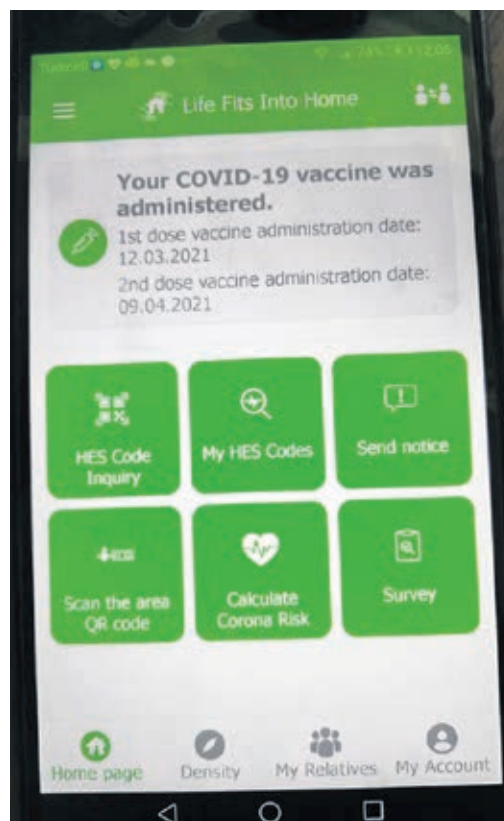
Die Bevölkerung findet die Massnahmen nicht toll, befolgt sie aber – Diskussionen wie in der Schweiz, wo jeder eine andere Meinung hat und

viele ihre persönliche Freiheit bedroht sehen, finden hier nicht statt. Viel eher sieht man sich der Gesellschaft verpflichtet und trägt seinen Teil zur Pandemiebekämpfung bei.

Seit Herbst 2020 gibt es im Rahmen des E-Government ein Covid-Modul mit persönlichem QR-Code auf dem Telefon. Dieser gibt Auskunft über auferlegte Restriktionen sowie den Impfstatus und wird an Geschäftseingängen und Fussgängerzonen kontrolliert. Eine Karte zeigt, wo Einwohner mit Quarantäneauflagen leben, auf den Häuserblock genau. Wie auch im asiatischen Raum haben Datenschutz und Privatsphäre einen weniger hohen Stellenwert. Das Impfprogramm ist ähnlich weit wie in der Schweiz. Anmeldung und Dokumentation erfolgen einheitlich über E-Government.

Staatliche Unterstützung ist sehr bescheiden – in der Türkei ist die Grossfamilie das soziale Auffangnetz. Spendenaufrufe von Bürgermeistern in Istanbul und Ankara (beide von der Opposition) wurden unterbunden mit der Begründung, dass solche Aktionen nur mit Zustimmung der Zentralregierung durchgeführt werden dürfen. Diese führt einerseits strukturiert und zielgerichtet durch die Pandemie, steht hier aber wegen parteipolitischer Machtspiele pragmatischen Lösungen im Weg.

Helen Freiermuth
Präsidentin FDP International,
wohnhaft in Izmir (Türkei)



Die türkische Covid-App ist ein wichtiges Instrument im Kampf gegen die Pandemie.

Eine Stadt in zwei Ländern

Rheinfelden – Grenzüberschreitendes Erfolgsmodell

Wie eng die Beziehungen zwischen der Schweiz und ihren direkten Nachbarn ist, lässt sich am Beispiel Rheinfelden aufzeigen. Thomas Herzog, Vorstandsmitglied FDP Service Public, beleuchtet die verschiedenen Facetten der Aargauer Grenzstadt.

Wenn ich erzähle, dass ich in Rheinfelden wohne, fällt oft folgende spontane Reaktion: Brauerei Feldschlösschen, Sole Uno, schöne Altstadt, Kanton Baselland. Hier muss ich sofort korrigieren, dass das Fricktal zum Kanton Aargau gehört. Das Fricktal stand lange Zeit unter vorderösterreichischer Herrschaft, deshalb sieht man u. a. am Rheinfelder Rathaus das Wappen Österreichs. Dank Napoleon kam das Fricktal im Jahre 1802 zur Eidgenossenschaft. Ein Jahr lang gab es den Kanton Fricktal mit Rheinfelden als Kantonshauptstadt, seit 1803 ist Rheinfelden Bezirkshauptstadt. Rheinfelden ist die erste und älteste Zähringerstadt der Schweiz und aufgrund der Salzvorkommen auch Bäderstadt. Ohne Rheinfelden würde es die anderen Zähringerstädte in der Schweiz – Bern, Burgdorf, Fribourg, Murten, Thun – nicht geben. Im Rathausinnenhof zeigt der Zähringertisch die Wappen aller Zähringerstädte. Rheinfelden ist auch

eine schweizerisch-deutsche Doppelstadt, jedoch ist Badisch Rheinfelden viel jünger. Früher waren auf der badischen Seite nur Felder und der Bahnhof an der noch nicht elektrifizierten DB-Hochrheinstrecke. Dies hiess zu Beginn «bei Rheinfelden». Badisch Rheinfelden entstand erst ab 1900 durch die Inbetriebnahme des ältesten Flusskraftwerks Europas. Dort siedelten sich Chemieunternehmen wie Alusuisse und Dynamit Nobel an. Die beiden Rheinfelden sind völlig verschieden. Badisch Rheinfelden ist um einiges grösser und moderner. Die Landesgrenze befindet sich kaum sichtbar auf der alten Rheinbrücke, dem ältesten Rheinübergang zwischen Strassburg und Konstanz. Die ganze Rheinbrücke gehört Rheinfelden Schweiz.

Rheinbrücke als Bindeglied

In den gleichen Zeitraum wie die bilateralen Verträge I zwischen der Schweiz und der EU fällt auch



Die Grenzsperrungen im Frühling 2020 waren für Rheinfelden schmerzhaft.

die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der beiden Rheinfelden. So wird zum Beispiel der Jahreswechsel gemeinsam auf der Rheinbrücke gefeiert, der öffentliche Neujahrsempfang findet abwechselungsweise in den beiden Rheinfelden statt, der Fasnachtsumzug ist grenzüberschreitend, und es gibt ein gemeinsames Kultur- und Stadtmagazin. Die Behörden beider Rheinfelden treffen sich jährlich, und mit der Plattform Stadtentwicklung soll die ideelle Stadtmitte an der historischen Rheinbrücke geschaffen werden. Die Idee für einen grenzüberschreitenden Rheinuferweg zur Aufwertung des Rheins zwischen Grenzach-Wyhlen und Bad Säkingen (DE) beziehungsweise Stein (CH) entstand auch in Rheinfelden. Der Rheinfelder Teilabschnitt mit 18 Informationstafeln zur Doppelstadt Rheinfelden wurde Ende April eröffnet. Nicht realisiert werden konnte leider der neue Rheinsteg als Ersatz für den alten Eisensteg. Der badische Bus bedient grenzüberschreitend die Quartiere der beiden Rheinfelden. Stadtmann Franco Mazzi (FDP) steht regelmässig mit Klaus Eberhardt, dem Oberbürgermeister von Badisch Rheinfelden, in Kontakt.

Das Salz in der Suppe: Bilaterale Zusammenarbeit auf allen Ebenen

Ohne die bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU hätte sich die wichtige grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den beiden Rheinfelden nie in einer derart guten Form entwickeln können beziehungsweise entwickelt sich, wie wir sie heute kennen. Und wie es anders wäre, konnten wir hautnah erleben, als die Grenze zwischen dem 16. März und dem 15. Juni 2020 wegen der Covid-19-Pandemie plötzlich dicht war. Der Lebensnerv wurde vorübergehend gekappt.

Thomas Herzog
Vorstandsmitglied FDP Service Public

www.fdp-servicepublic.ch



Rheinfelden ist die älteste Zähringerstadt der Schweiz.



Die Rheinbrücke ist die Verbindung zwischen den beiden Städten.



Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Modernes Steuersystem im Fokus

Die FDP Frauen haben die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf seit Jahren auf die politische Agenda gehievt. Hohe Kinderbetreuungskosten und die «Heiratsstrafe», die verheiratete und in eingetragener Partnerschaft lebende erwerbstätige Paare steuerlich für ihr Zweiteinkommen zusätzlich zur Kasse bittet, schaffen enorme finanzielle Fehlanreize.

Am 27. September 2020 lehnte das Schweizer Stimmvolk eine Erhöhung der Steuerabzüge für familienexterne Kinderbetreuung auf CHF 25 000 pro Kind sowie des allgemeinen Kinderabzuges auf CHF 10 000 mit wuchtigen 63,2 Prozent ab. Wenn auch die FDP.Die Liberalen-Frauen die höheren Fremdbetreuungsabzüge bei den direkten Bundessteuern auf CHF 25 000 pro Kind und Jahr mit Enthusiasmus befürworteten, waren wir gegenüber der Erhöhung des allgemeinen Kinderabzuges sehr kritisch eingestellt. Dies, weil er aus volkswirtschaftlicher Sicht eine teure Entlastungsmassnahme mit geringer (oder gar negativer) Auswir-

kung auf die Berufstätigkeit von Müttern dargestellt hätte. Aus diesem Grund reichte FDP-Nationalrätin Christa Markwalder bereits in der Sommersession 2020 eine parlamentarische Initiative ein, welche nur die Erhöhung der Abzüge für die familienexterne Betreuung fordert.

Neuer Anlauf für Steuerabzüge

Diese auf die Drittbetreuungskosten beschränkte Erhöhung der Steuerabzüge hat nachweislich bessere Auswirkungen auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mit voraussichtlichen Steuerausfällen von rund CHF 10 Mio. pro Jahr ist sie

Die FDP Frauen setzen sich dafür ein, dass sich Familie und Beruf besser vereinbaren lassen.

zudem sehr günstig im Vergleich zur abgelehnten Vorlage, welche zu Mindereinnahmen von rund CHF 360 Mio. pro Jahr geführt hätte. Das sah auch die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates (WAK-N) so und verabschiedete am 13. April 2021 mit 20 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung einen Erlassentwurf zuhanden des Nationalrates. Die Vorlage wird in der Sommersession 2021 behandelt.

Modernes Steuersystem ist gefragt

Doch das Ringen um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf lässt sich im Steuerbereich nicht nur mit einer Erhöhung der Abzüge für die familienexterne Kinderbetreuung erreichen. Vielmehr ist eine ganzheitliche Strategie gefordert, welche steuerliche Fehlanreize nachhaltig beseitigt. Dazu gehört auch der Wechsel von der heutigen Ehepaarbesteuerung zur zivilstandsunabhängigen Individualbesteuerung. Dieses Thema forcierte FDP-Nationalrätin Christa Markwalder ebenfalls mit einer Motion im Nationalrat, die ebenfalls in der Sommersession behandelt werden soll. Zusätzlich wird durch die von den FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz im März 2021 lancierte Volksinitiative weiter Druck auf den Bundesrat aufgebaut, sich dieses wichtigen Themas endlich anzunehmen.

Fachkräftepotenzial besser nutzen

Durch einen Wechsel zur Individualbesteuerung können negative Erwerbsanreize, welche vor allem gut ausgebildete Frauen vom Arbeitsmarkt abhalten, beseitigt werden. Die steuerliche Benachteiligung von Ehepaaren mit Zweitverdienst ist sowohl aus gleichstellungspolitischer als auch aus wirtschaftspolitischer Sicht nicht länger zu verantworten. Investiert doch der Staat jedes Jahr eine enorme Summe an Steuergeldern in die Ausbildung von Fachkräften, deren Potenzial schlussendlich nicht ausgeschöpft werden kann. Darum setzen wir uns für ein fortschrittliches, faires Steuersystem ein – helfen auch Sie mit und unterschreiben Sie unsere Volksinitiative unter www.individualbesteuerung.ch. Herzlichen Dank!

Ursina Flütsch
Projektleiterin Politik und Medien,
FDP Frauen Schweiz

3 x Nein, 1 x Ja und 1 x Stimmfreigabe

Abstimmungsparolen der Jungfreisinnigen

Am 13. Juni stimmt die Schweiz gleich über fünf Vorlagen ab. Die Delegierten der Jungfreisinnigen haben in den letzten Wochen intensive Diskussionen geführt und ihre Parolen gefasst.

Die Delegierten der Jungfreisinnigen Schweiz fassten bereits Ende Januar die Parolen zum PMT-Referendum sowie zum CO₂-Gesetz. Die Jungfreisinnigen Schweiz erkennen im Bereich Terrorismusbekämpfung gesetzgeberischen Handlungsbedarf. Das Gesetz sieht aber Massnahmen vor, welche in der Anwendung zu grossen Einschränkungen der Grund- und Menschenrechte führen können. Nebst den verschärften Massnahmen macht das Gesetz von problematischen Begriffen Gebrauch, die aufgrund ihrer Schwammigkeit der Behördenwillkür Tür und Tor öffnen können. Deshalb sprechen sich die Jungfreisinnigen Schweiz gegen das PMT aus.

Stimmfreigabe beim CO₂-Gesetz

Mit dem neuen CO₂-Gesetz drohen massiv mehr Bürokratie und erhebliche Mehrkosten. Die Politik versucht der Bevölkerung mit Verboten, Vorschriften und Auflagen ein neues Verhalten aufzuzwingen. Innovation und wirtschaftliche Dynamik sind

zentrale Faktoren für CO₂-Reduktionen. Es braucht entsprechende Rahmenbedingungen dafür, dass Unternehmen marktwirtschaftliche und damit effiziente Lösungen für einen nachhaltigen Klimaschutz anbieten können. Dennoch ist das neue Gesetz ein Kompromiss, um die vereinbarten Ziele im Pariser Abkommen 2050 zu erreichen. Zudem ist es der FDP gelungen, das Gesetz stellenweise liberal zu gestalten. Unsere Delegierten waren bei der Parolenfassung zum CO₂-Gesetz gespalten. Lediglich drei Stimmen machten den Unterschied aus. Aufgrund des knappen Abstimmungsresultats haben die Jungfreisinnigen Schweiz Stimmfreigabe beschlossen.

Nein zu Agrarinitiativen

Ende April fassten die Delegierten schliesslich die Parolen zu den beiden Agrarinitiativen. Unser Präsident, Matthias Müller, kommentierte diesen Entscheid wie folgt: «Unser Trinkwasser ist bereits gut

geschützt und problemlos trinkbar. Die Trinkwasserinitiative hätte bei Annahme weitreichende negative Folgen für die Schweizer Lebensmittelproduktion». Aufgrund der strengen ökologischen Auflagen würden automatisch weniger Lebensmittel produziert. Um diese Unterproduktion auszugleichen, müssten Lebensmittel aus dem Ausland importiert werden, was wiederum zu zusätzlichen Umweltbelastungen im Ausland führt. Die Pestizidinitiative wurde von den Jungfreisinnigen Schweiz fast einstimmig abgelehnt. Sie fordert ein Verbot synthetischer Pestizide. Bei Annahme der Initiative würden in der Schweiz wichtige Hilfsmittel fehlen, um landwirtschaftliche Produkte effizient zu schützen. Dies führt zu einer Beeinträchtigung der Versorgungssicherheit. Durch die erschwerte Produktion steigen die Lebensmittelpreise im Detailhandel. Exportorientierte Schweizer Lebensmittelproduzenten hätten einen klaren Wettbewerbsnachteil gegenüber der ausländischen Konkurrenz. Schliesslich trifft die Initiative vor allem die Konsumentinnen und Konsumenten.

Ja zum Covid-19-Gesetz

Das Covid-19-Gesetz unterstützen die Delegierten der Jungfreisinnigen Schweiz mit einer Zweidrittelmehrheit. Es bietet die gesetzliche Grundlage und Sicherheit, die Massnahmen zur finanziellen Unterstützung von Privatpersonen und Unternehmen, so lange wie nötig, weiterführen zu können. Das Gesetz entstand im ordentlichen demokratischen Prozess unter Einbezug der Kantone, der Sozialpartner und des Parlaments. Des Weiteren entscheidet das Parlament weiterhin über alle Kreditanträge des Bundesrates.

Sven Gaberthüel

Generalsekretär Jungfreisinnige Schweiz



Erfahrungen von der Front

Renteninitiative auf der Zielgeraden

Die Jungfreisinnigen sammeln seit Monaten Tausende Unterschriften für die Renteninitiative. Jetzt befinden sie sich im Schlusspurt. Fünf Zürcher Jungfreisinnige erzählen, wie sie die zahlreichen Unterschriftensammlungen und Begegnungen mit unzähligen Menschen erlebt haben.

Was bringt eine Initiative? Eine Initiative bringt Bewegung in eine Sache, die zu Unrecht stillsteht. In der Altersvorsorge verzeichnen wir leider mehr Stillstand als fortschrittliche Politik. Für uns Jungfreisinnige ein Grund, einen Stein ins Rollen zu bringen. Doch dieser Stein rollt nicht von selbst. Aber was wir Freisinnige mit Unternehmerherzen wissen: «Vo nüt chunt nüt.» So ist es auch bei Initiativen. Seit über einem Jahr stehen die Jungfreisinnigen deshalb auf der Strasse und sammeln nicht nur Unterschriften, sondern auch Erfahrungen. Wir geben nicht nur unserer Jungpartei ein Profil, sondern auch der nächsten Generation eine Perspektive: Eine Altersvorsorge, die auch uns noch eine Rente garantiert. Alle Beteiligten machen dabei unterschiedliche Erfahrungen, wie die folgenden Porträts verschiedener Jungfreisinnigen zeigen.

Severin Luder, Bezirk Meilen

Was Jugendpolitik für mich bedeutet? Jugendpolitik bedeutet für mich kein Marathon, bei dem man bei Kilometer 0 anfangen muss. Es ist ein Staffellauf. Politiker verschiedener Generationen nehmen den Staffelstab auf und tragen ihn weiter bis zur nächsten Person. Die Jungen nehmen den ihrigen auf und können von den Erfahrungen profitieren, die die Person vor ihnen gemacht hat. Die Übergabe des Stabes muss geordnet vonstattengehen, damit der Stab von der nachfolgenden Person sauber übernommen werden kann. Wir lernen von den Erfahrungen der Generationen vor uns und können diese Erfahrungen auf die Probleme, die auf uns zukommen, anwenden. Die Herausforderungen verändern sich vielleicht, aber die Methoden können wir von vorherigen Generationen übernehmen und weiterentwickeln. Von erfahrenen Generationen lernen, das macht für mich Jugendpolitik aus. Aber die vorherige Generation muss

auch von uns lernen wollen: Deshalb engagiere ich mich mit Herzblut für die Renteninitiative.

Marco Vettiger und Nadine Lenz, Bezirk Oberland

Unsere noch junge Sektion Zürcher Oberland existiert seit Januar dieses Jahres, und seither engagieren wir uns für die Renteninitiative. Mit grossem Elan, viel Freude und einer Prise Geduld gehen wir wöchentlich auf die Strasse Unterschriften sammeln. Dabei spüren wir immer aufs Neue, wie wichtig die Altersvorsorge für die jungen Menschen ist. Ob diese dann der Initiative zustimmen, sie ablehnen oder eigene Vorschläge zur AHV bringen, das Thema ist immer hochemotional. Es haben uns sogar verschiedene junge Menschen beim Unterschriftensammeln unterstützt, die nicht Mitglied unserer Partei waren. Dies, weil das Thema für sie eine Herzensangelegenheit ist. Solche Erfahrungen zeigen die Wichtigkeit der Jungparteien in der Schweizer Demokratie. Wir haben die Aufgabe, den Sorgen und Ideen der jungen Bevölkerung eine Stimme und eine Chance zu geben. Mit dem Sammeln von Unterschriften für die Ren-



Marco Vettiger



Sandro Frei (links) und Luis Deplazes

teninitiative tun wir genau dies, weshalb wir motiviert sind, bis im Juli unseren Beitrag zur Renteninitiative zu leisten.

Sandro Frei und Luis Deplazes, Bezirk Stadt Zürich

Ja, es braucht Überwindung, fremde Leute auf der Strasse bei jedem Wetter zu jeder Uhrzeit anzusprechen. Doch mit der Zeit legt sich die zu Beginn vorhandene Vorsicht und Scheu, und man schätzt den Kontakt zu den Leuten, ihnen zuzuhören und zu diskutieren. Immer mehr entwickelte sich ein regelrechter Wettbewerb innerhalb der Sektionen, wer am meisten Unterschriften sammeln kann. Beim Sammeln stellte sich ein gerade in der Corona-Zeit oft vermisstes Zusammengehörigkeitsgefühl ein. So hat es Spass gemacht, auch in anderen, kleineren Sektionen zu sammeln und weitere engagierte und motivierte Mitglieder anzutreffen, die dasselbe Ziel verfolgen. Die FDP hat bis anhin als einzige grössere Partei der Schweiz noch nie eine Initiative zustande gebracht. Wir wollen dies ändern und sind überzeugt, dass dies uns mit einem engagierten Schlusspurt gelingen wird.

Gioia Porlezza

Vizepräsidentin Jungfreisinnige Kanton Zürich



Nadine Lenz



Rückkehr zur parlamentarischen Normalität?

Entscheidende Geschäfte für die FDP

Nachdem für mehr als ein Jahr die Corona-Krise die Arbeit des Parlaments fast vollends beherrschte, scheinen mit der Sommersession nun wieder andere politische Schwerpunkte in den Vordergrund zu rücken. Eine Rückkehr zur parlamentarischen Normalität ist zumindest absehbar.

Mit dem (langsamen) Fortschreiten der Impfkampagne und dem verheissungsvollen Öffnungsplan des Bundesrats scheint nun endlich Licht am Ende des Tunnels. Der Weg zurück in die Normalität bestimmt aber nicht nur den Alltag, sondern zeigt sich auch daran, dass sich das Schweizer Parlament wieder anderen politischen Schwerpunkten als die Corona-Krise widmet. Für die FDP von grösster Relevanz sind dabei folgende Themen:

Vorsorge

Nach der Erstberatung der AHV21 im Ständerat ist nun der Nationalrat an der Reihe. Es wird auch in der Grossen Kammer absolut zentral sein, dass sich die bürgerlichen Parteien auf eine gemeinsame Lösung einigen. Nur so kann die Angleichung des Rentenalters 65 endlich mehrheitsfähig gestaltet und bezüglich Mehrwertsteuererhöhung vernünftig bleiben. Wie bereits im Ständerat bleibt der grosse Streitpunkt die Ausgleichsmassnahmen für

die Rentenalterserhöhung der Frauen. Dank der FDP konnte sich in der Vorberatung eine bürgerliche Lösung durchsetzen, die die finanziellen Verbesserungen nicht gleich wieder zunichtemacht.

Transparenz

Der vernünftige indirekte Gegenvorschlag zur Transparenz-Initiative befindet sich auf der Zielgeraden. Nachdem im Nationalrat dank der FDP bereits in den letzten Sessionen ein Kompromiss über die Höhe des Schwellenwerts, ab welchem Spenden künftig offengelegt werden müssen, erreicht werden konnte, sind nun in der Sommersession nur noch letzte Differenzen in beiden Räten zu bereinigen. Damit steht dem Gegenvorschlag kaum noch etwas im Weg, um in der Schlussabstimmung angenommen zu werden. Mit der Annahme des indirekten Gegenvorschlags in beiden Räten ist der Rückzug der gefährlichen Volksinitiative in Griffnähe.

Die Sommersession findet vom 31. Mai bis am 18. Juni statt. (Bild: Jane Schmid)

Aufhebung der Industriezölle

Der Bundesrat wie auch die FDP wollen mit der Aufhebung der Industriezölle die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessern und die Konsumentinnen und Konsumenten entlasten. Das ist speziell in Zeiten einer Krise absolut entscheidend. Nach dem enttäuschenden Nichteintreten des Nationalrates im Sommer 2020 hat der Ständerat die Abschaffung im Winter 2020 ohne grosse Beratung unterstützt. Die FDP hegt die Hoffnung, dass der Nationalrat sich der Relevanz der Vorlage mittlerweile bewusst geworden ist und auf die Vorlage eintritt sowie in der Gesamtabstimmung zustimmt.

Abschaffung der Stempelsteuer

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerats ebnete im April den Weg für eine Wiederaufnahme der Beratungen zur Abschaffung der Stempelsteuer. Die Abschaffung dieser weltweit einzigartigen Abgabe zum Nachteil des Wirtschaftsstandorts Schweiz ist ein jahrelanges Anliegen der FDP, das aus dem Jahr 2009 stammt und aufgrund der Corona-Krise wieder hochaktuell ist. Nun ist es am Ständerat, der Empfehlung seiner vorberatenden Kommission zu folgen und während der Sommersession die Sistierung der Vorlage aufzuheben. Damit wäre die Tür einen Spalt weit offen, um diese veraltete Abgabe endlich abzuschaffen.

Beat Walti

Fraktionspräsident und Nationalrat ZH

Rückblick Sondersession 2021

Die Sondersession im Nationalrat diente wie üblich dazu, die vielen hängigen Geschäfte und Einzelvorstösse abzuwickeln. Eigentlich ist sie darum seit Jahren zu einer regulären Session geworden. Im Zentrum des Geschehens stand einerseits die Beratung zur Volksinitiative für die Organspende, bei der eine emotionale Diskussion am Ende zu einem doch klaren Entscheid zugunsten einer Widerspruchslösung resultierte. Andererseits stand die Erstberatung des DNA-Profil-Gesetzes auf der Traktandenliste. Wichtigster Streitpunkt war, wie detailliert die Analyse von DNA-Spuren für die Ermittlungsbehörden genutzt werden dürfen. Die FDP konnte dank einer konsequenten Haltung die vielen Angriffe zur Verschärfung der Anwendung erfolgreich abwehren.



Mehr Schaden als Nutzen

2 x Nein zu den extremen Agrarinitiativen

Anders als die Initianten suggerieren, sind gesunde Lebensmittel und sauberes Trinkwasser auch bei einem Nein zu den Agrarinitiativen sichergestellt: Bundesrat und Parlament haben bereits griffige Massnahmen beschlossen, die praktikabel sind und rasch wirken. Die FDP lehnt die beiden extremen Initiativen ab.

Die Pestizidverbotsinitiative verlangt ein Verbot von synthetischen Pestiziden in der landwirtschaftlichen Produktion, in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und in der Boden- und Landschaftspflege. Nicht erklären können die Initianten, weshalb eine Unterscheidung zwischen synthetischen und anderen Pestiziden gemacht und wie sie umgesetzt werden soll. Klar ist hingegen: Diese extremen Produktionsvorschriften führen de facto zu einem Bio-Zwang. Die Wahlfreiheit der Konsumentinnen und Konsumenten wird massiv eingeschränkt und die verarbeitende Lebensmittelindustrie gegenüber ausländischen Produzenten empfindlich benachteiligt. Dazu kommt die Verletzung von internationalen Handelsverträgen.

Initiative mit leeren Versprechen

Die Trinkwasserinitiative hingegen fordert, dass nur noch Landwirtschaftsbetriebe Direktzahlun-

gen erhalten, die auf Pestizide und vorbeugenden Antibiotikaeinsatz verzichten. Dieses Anliegen tönt auf den ersten Blick nach einem liberalen Anreizsystem. Nimmt man die Trinkwasserinitiative genauer unter die Lupe, offenbaren sich allerdings gravierende Nachteile. Ein Ja zur Trinkwasserinitiative führte zu einem spürbaren Produktionsrückgang mit steigenden Preisen für Inlandprodukte und zu zunehmendem Import von Lebensmitteln. Der Selbstversorgungsgrad von heute 55 Prozent würde weiter sinken. Schlimmer bezüglich Auswirkungen für die Umwelt: Die grossen Landwirtschaftsbetriebe im Schweizer Mittelland sind heute nur zu einem kleinen Teil von Direktzahlungen abhängig. Wird die Trinkwasserinitiative angenommen, besteht die Gefahr, dass diese Betriebe ganz auf Direktzahlungen verzichten und dafür mit «weniger Ökologie» ihre Erträge optimieren, um die ausfallenden Direktzahlungen

Salaternte in Villeneuve, VD. (Bild: istock/makasana)

zu kompensieren – das Gegenteil dessen, was die Initiative verspricht.

Für Landwirtschaftsbetriebe mit Tierhaltung wäre die Trinkwasserinitiative besonders gravierend. Landwirtschaftsbetriebe sollen ihre Tiere nur noch mit selbstproduziertem Futtermittel versorgen. Wer Futter zukaft oder importiert, erhält keine Direktzahlungen. Das ist praxisfremd. Schweine-, Geflügel- und Eierbetriebe sind auf Futtermittelzukaufe angewiesen. Auch bei einer Produktion nach Bio-Standards können sie die Voraussetzungen der Trinkwasserinitiative für Direktzahlungen aufgrund der unsinnigen Selbstversorgungsklausel nicht erfüllen. Damit setzt die Initiative falsche Anreize, sie verhindert eine sinnvolle Strukturbereinigung und Arbeitsteilung in der schweizerischen Landwirtschaft.

Nein zur Schwächung des Forschungsstandorts Schweiz

Besonders stossend ist, dass die Förderung von Forschung, Beratung und Ausbildung durch die Trinkwasserinitiative nach ideologischen Vorgaben eingeschränkt wird. Eine Förderung durch den Bund ist nur noch zulässig, wenn dabei eine Landwirtschaft unterstützt wird, die für die Produktion ohne Pestizide, ohne einen prophylaktischen oder regelmässigen Antibiotikaeinsatz auskommt und einen Beitrag zur Biodiversität leistet. Gerade der Antibiotikaeinsatz konnte dank Forschungsprojekten bereits deutlich reduziert werden – das soll auch weiterhin möglich sein.

Der Bundesrat hat griffige Ziele definiert

Bundesrat und Parlament haben den Handlungsbedarf für eine ökologischere Landwirtschaft klar erkannt. Der Bund hat bereits verbindlich griffige Ziele definiert wie die Belastung von Gewässern durch Pestizideinsatz reduziert werden kann. Das Parlament hat in der Frühlingssession die Massnahmen nochmals verschärft und verabschiedet.

Die FDP spricht sich gegen die Agrarinitiativen aus

Die FDP spricht sich deshalb klar gegen die extremen Agrarinitiativen aus. Auch für den Bundesrat sind die Pestizidverbotsinitiative und die Trinkwasserinitiative zu extrem. Denn ihre Forderungen hätten weitreichende negative Folgen: Unsere Wahlfreiheit, Forschung und Innovation würden massiv eingeschränkt.

Beat Walti

Fraktionspräsident und Nationalrat ZH



Ein ungeeigneter Sündenbock

Ja zum Covid-19-Gesetz

Am Covid-19-Gesetz droht sich die über das letzte Jahr aufgestaute Frustration zu entladen. Es wäre der falsche Prügelknabe. Denn bei einer Ablehnung entfallen auch die wirtschaftlichen Hilfen, die die Unternehmen vor pandemiebedingten Konkursen und Massenentlassungen bewahrt haben.

Die Pandemie schränkt seit mehr als einem Jahr unser Leben ein. Mit zunehmender Dauer nimmt der Unmut in der Bevölkerung zu. Verständlich, denn Covid-19 gefährdet nicht nur die Gesundheit, sondern auch viele Existenzen. Ventil des Frustes ist das Covid-19-Gesetz, das als Prügelknabe für alles herhalten muss. Das ist völlig verfehlt: Denn das Covid-19-Gesetz ist der Rettungsring, der dafür sorgt, dass viele Unternehmen nicht untergehen.

Widerstand beruht auf irrtümlichen Annahmen

Die Gegner des Gesetzes schrecken vor keiner falschen Behauptung zurück. Umso wichtiger ist es darum klarzumachen, was das Covid-19-Gesetz nicht regelt. Schutzmassnahmen und Lockdowns regelt das Epidemiegesetz. Genauso wenig enthält

die Vorlage eine Impfpflicht oder ein Maskenobligatorium. Entgegen den falschen Behauptungen ändert ein Nein am 13. Juni nichts an Schutzmassnahmen und Lockdowns.

Unterstützung für die gebeutelte Wirtschaft

Dahingegen bildet das Gesetz die Grundlage für die dringend notwendigen wirtschaftlichen Unterstützungshilfen für die betroffenen Unternehmen

Das Covid-19-Gesetz bildet die Grundlage für die Unterstützung betroffener Betriebe wie zum Beispiel Restaurants.

und die Bevölkerung. Dazu zählen vereinfachte Kurzarbeitsentschädigungen für Angestellte sowie finanzielle Unterstützung für Unternehmen, insbesondere in den stark gebeutelten Sektoren Gastronomie, Tourismus, Medien, Kultur und Sport. Auch Selbständigerwerbende erhalten dadurch Anrecht auf eine Entschädigung. Bei einer Ablehnung entfallen diese Unterstützungshilfen nach dem 25. September 2021. Das wäre bei anhaltender Pandemie oder im Falle einer weiteren mutationsbedingten Pandemiewelle nach September 2021 fatal: Konkurse und Massenentlassungen könnten die Folge sein, was die Auswirkungen der Pandemie weiter verschlimmern würde.

Engere Leitplanken für den Bundesrat

Darüber hinaus behaupten die Gegner fälschlicherweise, der Bundesrat würde mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet – das Gegenteil ist der Fall. Wie das? Während der Pandemie musste der Bundesrat die Massnahmen zur Abfederung des wirtschaftlichen Schadens mehrheitlich über notrechtliche Verordnungen erlassen. Diese lassen sinnvollerweise einen erheblichen Freiraum zu. Das Covid-19-Gesetz setzt dem Bundesrat hingegen engere Leitplanken und schränkt dessen Kompetenzen klar ein. Beispielsweise garantiert es den Einbezug der Kantone, der Sozialpartner und des Parlaments für den Ausbau der Unterstützungsmassnahmen. In der Konsequenz ist der Handlungsspielraum des Bundesrates durch das Covid-19-Gesetz richtigerweise enger definiert, und es besteht nun eine klare, durch das Parlament geschaffene gesetzliche Grundlage.

Falsche Zeit für eine Frustbekundung

Jetzt ist nicht Zeit, aus Frustration ein Exempel zu statuieren. Und schon gar nicht die Zeit, den Corona-gebeutelten Unternehmen und der Bevölkerung die wichtigen wirtschaftlichen Unterstützungshilfen zu entziehen. Darum stimme ich am 13. Juni Ja zum Covid-19-Gesetz.

Regine Sauter
Nationalrätin ZH

«Das Covid-19-Gesetz ist ein wichtiger Schritt weg vom Notrecht hin zu einem von der Bundesversammlung legitimierten Krisenmanagement.»

Damian Müller (rechts) und zahlreiche weitere Parlamentarier unterstützen die Vorlage. (Bild: Thimea Häfliger)



Wirksamer Klimaschutz

Ja zum CO₂-Gesetz

Mit dem Pariser Klimaabkommen hat sich die Schweiz schon 2017 verpflichtet, ihren Beitrag zu leisten, damit die internationale Gemeinschaft von über 190 Vertragsstaaten des Pariser Abkommens die globale Erwärmung auf 1,5 °C begrenzen kann. Das CO₂-Gesetz ist wirtschaftsfreundlich ausgestaltet, was sich unter anderem durch die breite Unterstützung der Wirtschaft zeigt. Die Ja-Allianz besteht aus fast allen Parteien (FDP, Mitte, Grünliberale, Grüne, EVP und SP), zahlreichen Wirtschaftsverbänden und mehr als 90 zivilgesellschaftliche Organisationen.

Der Klimawandel ist ein globales Problem, und wir müssen Massnahmen ergreifen, um die bereits heute sichtbaren Folgen wie den Rückzug der Gletscher, die Zunahme extremer Wetterereignisse, die Verschiebung der Niederschläge in den Winter und den Rückgang der Artenvielfalt zu dämpfen. Es zeigt sich: Wir sind auf dem richtigen Weg, es muss aber noch mehr getan werden, wenn die Schweiz ihre Reduktionsziele bis 2030 erreichen will.

Das Verursacherprinzip wird gestärkt

Im Zentrum des CO₂-Gesetzes steht das Verursacherprinzip. Das bedeutet, dass «wer mehr ver-

schmutzt, mehr zahlt». Somit profitieren beispielsweise Hauseigentümer, die weniger Heizöl verbrauchen oder anstelle von Öl und Gas mit erneuerbaren Energien heizen. Eine Familie, die sich entscheidet, weniger oder gar nicht zu fliegen, profitiert ebenfalls. Die Folge daraus ist, dass die Landbevölkerung vom CO₂-Gesetz profitiert, während die Städterinnen und Städter einen Anreiz erhalten, ihren Verbrauch fossiler Energien zu reduzieren.

Die ganze Welt handelt – wir machen mit

Beim Klimaschutz geht es nicht nur um einzelne nationale Massnahmen, sondern um ein globales

Miteinander. Die Schweiz hat sich international mit 190 weiteren Staaten zur Reduktion der Treibhausgasemissionen und zu mehr Klimaschutz bekannt. Die USA ist nach der Wahl ihres neuen Präsidenten Joe Biden wieder zum Kreis der Unterstützer des Pariser Klimaabkommens zurückgekehrt. Auch die Europäische Union, Japan, Kanada und sogar China haben in den Jahren 2020 und 2021 verstärkte Klimaziele beschlossen.

Das CO₂-Gesetz fördert die Innovation

Mit dem Klimafonds werden neue Projekte zur Förderung von Innovation gezielt unterstützt, wie zum Beispiel die Planung und Finanzierung von Fernwärmenetzen als wichtigen Beitrag an die Dekarbonisierung des Wärmesektors oder der Aufbau von Ladestationen für Elektroautos als zentraler Hebel für eine rasche Elektrifizierung der Mobilität. Auch unterstützt der Fonds die Sanierung von Gebäuden und von Ersatzneubauten sowie den Einbau von CO₂-freien Heizungen. Und schliesslich erhalten Schweizer Unternehmen mit dem Klimafonds Unterstützung, um klimafreundliche Technologien rascher auf den Markt zu bringen. Zu den Nutzniessern gehört deshalb auch die Luftfahrtindustrie, denn bis zu 49 Prozent der Flugticketabgabe können dafür verwendet werden, innovative Methoden zur Produktion erneuerbarer Flugtreibstoffe voranzubringen. Während aktuell das Fliegen mit sogenannter Flugscham behaftet ist, zielt das CO₂-Gesetz darauf, auch das Fliegen klimaverträglich zu machen, und für die Schweiz entstehen neue Chancen im globalen Wettbewerb.

Weniger Abhängigkeit von fossilen Energien

Das CO₂-Gesetz hilft der Bevölkerung und der Wirtschaft, die Abhängigkeit von importiertem Öl, Gas und Kohle frühzeitig zu reduzieren. Jedes Jahr fliessen rund 8 Milliarden Franken für fossile Energien ins Ausland. Mit dem neuen CO₂-Gesetz können wir einerseits diese Abhängigkeiten der Schweiz schrittweise reduzieren und andererseits früh den Weg für neue, nicht fossile Sektoren ebnen, die unsere Versorgungssicherheit in Zukunft gewährleisten.

Das Gesetz basiert auf dem Positionspapier der FDP

Das CO₂-Gesetz ist ein konsequenter Schritt, den auch die Basis der FDP fordert, und unsere Fraktion hat das Gesetz im Parlament massgeblich mitgeprägt. Dabei wird auf Lenkungsabgaben und Innovation gesetzt anstatt auf Verbote. Auch sorgt das CO₂-Gesetz dafür, dass wir keine Kosten auf dem Buckel der kommenden Generationen verursachen. Die ganze Welt handelt und wir machen mit – das ist fair und verursachergerecht.

Damian Müller, Ständerat LU



Die Schweiz stimmt am 13. Juni über das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus ab. Justizministerin Karin Keller-Sutter erklärt, weshalb das Gesetz eine wichtige Lücke schliesst.

Inwiefern kann das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus (PMT) helfen, Terroranschläge zu verhindern? Reichen die bestehenden Gesetze nicht aus? Nein. Heute kann die Polizei erst eingreifen, wenn bereits eine Straftat verübt wurde. Künftig soll die Polizei im Sinne der Gefahrenabwehr präventiv handeln können. Wir schliessen mit PMT eine wichtige Lücke. Auch in der Schweiz gibt es Personen, von denen eine terroristische Gefahr ausgeht.

Mit PMT könnte einer Person beispielsweise ein Kontaktverbot zu radikalisierten Gruppen oder ein Ausreiseverbot auferlegt werden, um eine Reise in den Jihad zu verhindern.

Gibt es konkrete Beispiele, wo die PMT-Massnahmen helfen würden? Ein konkretes Beispiel ist der Fall des früheren Vorbeters der Winterthurer An'Nur-Moschee. Er sitzt wegen IS-Beteiligung eine Gefängnisstrafe ab, spricht aber aus der Haft

heraus Drohungen aus. Was passiert mit dem Mann, wenn er seine Strafe verbüsst hat? Um weitere Taten zu verhindern, könnte ihm zum Beispiel ein Kontaktverbot zu radikalisierten Islamisten auferlegt werden. Auch den Attentäter von Morges hätte man möglicherweise besser begleiten können. Ob man den Anschlag verhindert hätte, wissen wir nicht. Sicher ist aber: Heute fehlen uns die Instrumente zur Prävention und polizeilichen Gefahrenabwehr.

Die Gegner befürchten einen massiven Eingriff in die Grundrechte. Zu Recht? Nein, im Gegenteil. Die vorgeschlagenen Massnahmen dienen der Sicherung der demokratischen und rechtsstaatlichen Grundlagen und dem Schutz der Freiheit der Menschen in der Schweiz. Hier geht es um ein Gesetz, das alle rechtsstaatlichen Garantien gewährleistet. Jede Massnahme muss verhältnismässig sein und kann vor einem Gericht angefochten werden. Die Eingrenzung auf eine Liegenschaft muss ein Zwangsmassnahmengericht bewilligen. Wir schützen nicht die Freiheit der Terroristen, wir schützen die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger. Zudem nimmt die Schweiz mit PMT international keine Sonderrolle ein: Grossbritannien, Frankreich, Deutschland oder die Niederlande setzen bei der Terrorismusbekämpfung vergleichbare Massnahmen ein.

Sind die PMT-Massnahmen und insbesondere der Hausarrest vereinbar mit der EMRK und der UN-Kinderrechtskonvention? Ja. Wir haben die Vereinbarkeit mit der EMRK von Professor Andreas Donatsch gründlich abklären lassen. Das Gesetz respektiert auch die Kinderrechtskonvention. Erzieherische und Kinderschutzmassnahmen haben immer Vorrang. Wir sehen leider auch, dass gerade junge Menschen oft anfällig sind und sich leicht radikalieren lassen. Die Dschihad-Reisenden aus Winterthur waren 15 und 16 Jahre alt. In der Ostschweiz hatte die Polizei einen minderjährigen Bombenbauer verhaftet. In Grossbritannien betrifft inzwischen jede zehnte Verhaftung im Zusammenhang mit Terrorismus einen Teenager.

Inwiefern stützt sich das PMT auf bereits erprobte Instrumente? Präventiv-polizeiliche Massnahmen sind nichts Neues. Sie dienen der Gefahrenabwehr. Schon heute kann beispielsweise ein gewalttätiger Hooligan am Betreten eines Stadions gehindert werden. Auch bei häuslicher Gewalt kann die Polizei einschreiten, bevor etwas passiert. Das Gleiche wollen wir auch mit PMT erreichen. Es kann ja nicht sein, dass wir präventiv gegen Hooligans vorgehen können, nicht aber gegen terroristische Gefährder.

Interview: Mario Epp

Bilateraler Weg ist der Königsweg

Gesamtbundesrat steht in der Verantwortung

Die FDP begrüsst die Absicht des Bundesrates, den Kontakt mit der EU aufrechtzuerhalten. Solange beide Parteien noch am Verhandlungstisch sind, gilt es, die erfolgreiche Verabschiedung des Rahmenabkommens durch den Bundesrat weiterzuverfolgen. Als mögliche Alternative hat die FDP-Fraktion proaktiv einen Drei-Säulen-Aktionsplan verabschiedet.

Die Schweiz und die EU sind wirtschaftlich eng verflochten. Zuverlässige Beziehungen sind deshalb elementar, und die FDP hat sich stets für den gesicherten bilateralen Weg eingesetzt. In der Diskussion über das Rahmenabkommen erwartet die FDP nun vom Bundesrat, dass er Transparenz schafft über die erfolgten technischen Gespräche und damit eine Beurteilung über deren Fortschritte zulässt. Die FDP-Bundeshausfraktion hat sich bereits mehrmals und intensiv mit dem Rahmenabkommen auseinandergesetzt und ihre Position aus der Konsultation des Rahmenabkommens von 2019 mehrfach bestätigt. Darin hat sie sich grundsätzlich positiv zum Rahmenabkommen geäußert, wobei in drei Bereichen noch Konkretisierungen notwendig sind: Unionsbürgerrichtlinie, Lohnschutz und Guillotine.

Die Teilnahme am Binnenmarkt ist und bleibt der mit Abstand beste Weg, um den Wirtschaftsstandort und damit auch den Wohlstand in der Schweiz zu sichern. Der Gesamtbundesrat steht

bezüglich der Verhandlungen nach wie vor in der Führungsverantwortung und muss jetzt Lösungen vorlegen, die für beide Seiten akzeptabel sind. Sollte das nicht möglich sein, muss nach einem anderen Ansatz gesucht werden, um die bilateralen Beziehungen zur EU zukunftsfähig zu gestalten. Zu diesem Zweck hat die FDP-Liberale Fraktion proaktiv einen Drei-Säulen-Aktionsplan entwickelt und am 16. April einstimmig verabschiedet.

1. Säule: Internationale Massnahmen mit der EU

Der Gesamtbundesrat ist in der Verantwortung, die Weiterentwicklung des bilateralen Weges zu sichern. Das wird weder schnell noch einfach möglich sein. Optionen dazu können sein:

Limitierte Dynamisierung der Bilateralen: Die technischen Sachbereiche, wie insbesondere MRA und Luftverkehr, werden mittels eines gesonderten Abkommens bereits heute mit der EU geregelt («dynamisiert»). Das würde eine limitierte Dynamisierung der Bilateralen ermöglichen. Wichtige

Bedingung: Verzicht auf «Nadelstiche» (beispielsweise bei der Börsenäquivalenz) und De-Blockierung anderer Abkommen. In die Verhandlungsmasse miteinbezogen werden können im Gegenzug auch offene Punkte der Schweiz wie die Kohäsionszahlungen.

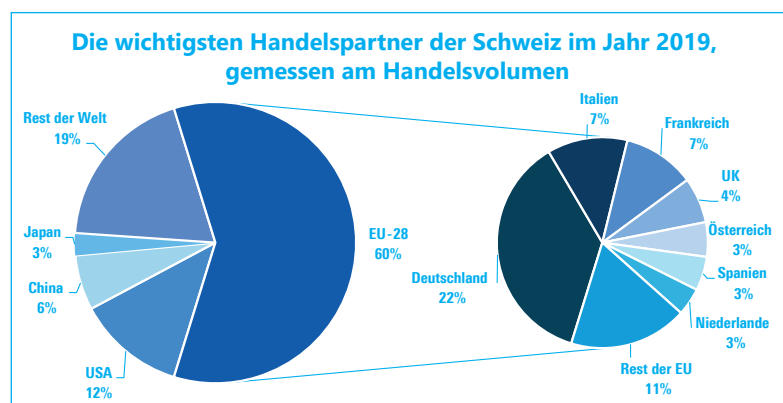
Bilaterale III: Neue Abkommen wie beispielsweise ein Strommarktabkommen, Finanzdienstleistungsabkommen (FDLA) und ein Gesundheitsabkommen können soweit erforderlich mit der von der limitierten Dynamisierung der Bilateralen noch nicht erfassten Abkommen zu einem neuen Vertragspaket der Bilateralen III verbunden werden.

2. Säule: Internationale Massnahmen unabhängig von der EU

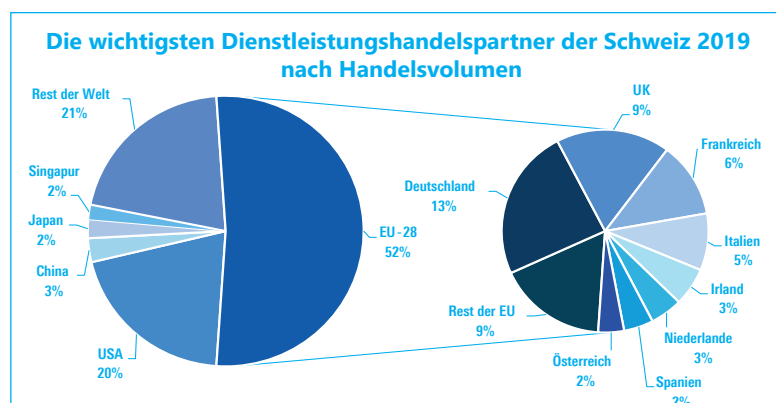
Es sind aktiv Partnerschaften mit Staaten ausserhalb der EU zu suchen oder zu intensivieren. Diese sind möglich im Bereich Freihandel (zum Beispiel Mercosur, Indien, USA, WTO); Forschung und Innovationsförderung (bi- und multilaterale Forschungsprogramme ausserhalb der EU); Bildung (bilaterales Programm mit UK); Landwirtschaft/Veterinärwesen (Vorbild Abkommen EU-UK); Finanzbranche (Anerkennung Gleichwertigkeit zwischen Grossbritannien und der Schweiz).

3. Säule: Nationale Massnahmen

Es sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die die Schweiz unilateral umsetzen kann, um die negativen Folgen des Scheiterns abzufedern (Kompensation der erschwerten Marktzugänge und neuen Benachteiligungen): Umsetzung nationales Fitnessprogramm (gemäss FDP-Positionspapier «Vorwärtsstrategie für die Schweiz»); Kompensationsmassnahmen (wie zum Beispiel Alternativen zu EU-Äquivalenzanerkennungen der Börsen); autonomer Nachvollzug zwecks regulatorischer Entlastung der Wirtschaft; autonome Anpassungen, um die Anerkennung der Gleichwertigkeit zu forcieren (wie zum Beispiel Anpassung des Datenschutzgesetzes).



Die Schweiz wies 2019 insgesamt ein Warenhandelsvolumen von 447,49 Mrd. CHF aus. Der Handel mit der EU machte 266,37 Mrd. CHF aus, was einem Anteil von 60 Prozent entspricht.



Die Schweiz verfügte 2019 mit der EU über ein Dienstleistungshandelsvolumen von 131,49 Mrd. CHF. Gemessen am gesamten Dienstleistungshandelsvolumen der Schweiz (252,11 Mrd. CHF) entsprach dies einem Anteil von 52 Prozent.



Die grosse Genugtuung

Peter Hodel ist neuer Solothurner Regierungsrat

Mit der Neuwahl von Peter Hodel und der Wiederwahl von Remo Ankli hält die FDP zwei der fünf Sitze in der Solothurner Kantonsregierung. Der Meisterlandwirt aus Schönenwerd übernimmt das Finanzdepartement und hat grosse Ambitionen.

Die Vorfreude auf die kommende Aufgabe ist Peter Hodel auch am Telefon anzumerken. Der neu gewählte Solothurner Regierungsrat hat soeben die Departementsverteilung hinter sich und zeigt sich zufrieden: «Mit dem Finanzdepartement habe ich mein Wunschdepartement erhalten.» Für Hodel ist klar, dass die Finanzen in der kommenden Legislatur eine besonders wichtige Rolle spielen werden. Dies ist einerseits den finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie geschuldet, andererseits einer kantonalen Initiative, die Steuerenkungen fordert. Für die Initiative, deren Grundsatz Hodel und die FDP unterstützen, wird die Regierung einen Gegenvorschlag erarbeiten. «Das sind Themen, die mich sicher beschäftigen werden», blickt der designierte Finanzdirektor voraus.

Zudem will Hodel eigene Akzente setzen und die Abhängigkeit vom Nationalen Finanzausgleich reduzieren. Solothurn gehört zu den grössten Empfängern pro Kopf. Für Hodel liegt hier Potenzial brach: «Solothurn hat das Potenzial, seine Attraktivität zu steigern, und ich bin überzeugt, dass sich das umsetzen lässt.»

Hodel fühlt sich in der Exekutive wohl

Tatendrang und Gestaltungswille zeichnen den Meisterlandwirt aus. Seit 2005 ist er Gemeindepräsident von Schönenwerd (5100 Einwohner) und seit 2014 Fraktionspräsident der FDP, die im Kantonsrat die grösste Fraktion stellt. «Die neun Jahre im Kantonsrat waren spannend, aber ich politisiere am liebsten in der Exekutive», sagt der 54-Jährige.

Peter Hodel ist ab August Solothurner Finanzdirektor.

Dass Peter Hodel überhaupt in den Regierungsrat gewählt wurde, war keineswegs zu erwarten. Nach dem ersten Wahlgang, bei dem der bisherige Freisinnige Remo Ankli das Bestresultat erzielte, waren drei der fünf Regierungssitze vergeben. Peter Hodel lag auf dem sechsten Platz nur gerade 300 Stimmen hinter CVP-Kandidat Thomas A. Müller. «Bei dieser engen Ausgangslage war die Mobilisierung extrem wichtig», betont Hodel. «Die Partei hat Superarbeit geleistet, und wir haben wirklich alles gegeben.» Dieses Engagement schien bei der Bevölkerung anzukommen. Im 2. Wahlgang machte Hodel aus dem Rückstand einen Vorsprung von 1300 Stimmen und holte sich den fünften Sitz auf Kosten der CVP. «Ich habe es erst geglaubt, als auch Olten, die Heimatstadt meines Konkurrenten, ausgezählt war. Noch nie kam mir eine Stunde so lange vor», erzählt Hodel. Als das Resultat feststand, war die Freude riesig.

Nach den Sitzverlusten bei den Kantonsratswahlen bedeutet der gewonnene Regierungssitz für die FDP Solothurn eine grosse Genugtuung. Auch für Hodel: «Die Wahl ist eine grosse Ehre für mich, aber auch eine Belohnung für die zahlreichen Helfer, die sie ermöglicht haben.»

Vom Bauernhof ins Rathaus

Offizieller Arbeitsbeginn für den neuen Regierungsrat ist der 2. August. Bis Hodel sein Büro im Solothurner Rathaus bezieht, widmet er sich der Übergabe seiner zahlreichen Ämter. Ein sauberer Übergang ist ihm ein grosses Anliegen. Auch für die Arbeit auf dem Bauernhof wird Hodel künftig deutlich weniger Zeit finden. «Wir können die Zusammenarbeit mit dem benachbarten Landwirt verstärken, zudem kann ich auf die grosse Unterstützung meiner Frau zählen.» Mit der getroffenen Lösung sei gesichert, dass auch seine neunjährige Tochter dereinst die Möglichkeit habe, den Bauernhof zu übernehmen. «Sie darf natürlich selbst entscheiden, aber ich will ihr den Zugang zum letzten Bauernhof von Schönenwerd nicht verschliessen», sagt Hodel.

Ab August wird Hodels Fokus mehr auf finanzpolitischen Dossiers statt auf Mutterkuhhaltung und Ackerbau liegen. Er freut sich auf die neue Aufgabe und kann dabei auf einen grossen Rückhalt in der Solothurner Bevölkerung zählen: «Ich habe unglaublich viele Gratulationen und positive Rückmeldungen erhalten. Diese geben mir auch Energie, wenn es einmal schwierig sein sollte.»

Marco Wölfli

Auf die Hochzeit folgt meist eine saftige Steuerrechnung.



Ist Heiraten keine Frage der Liebe mehr?

Plädoyer für die Individualbesteuerung

Vor über 40 Jahren stellte das Bundesgericht fest, dass Ehepaare gegenüber Konkubinatspaaren benachteiligt sind. Trotzdem ist bis heute nichts passiert. Wie kann das sein?

«Kamylla, du machst einen Fehler», das war einer der ersten Sätze, den ich gehört habe, als ich meine Hochzeit verkündete. Der Satz bezog sich nicht etwa auf die Wahl meines Ehemannes Samuel, sondern darauf, dass wir als verheiratetes Paar, noch ohne Kinder, einmal den Bund der Ehe eingegangen, mehr Steuern bezahlen als zuvor.

Durch den ganzen Hochzeitsstress vergass ich diese Aussage schnell wieder, und es kam mir erst wieder in den Sinn, als sich die neue Steuerrechnung im Posteingang befand. Eine kleine Nebenbemerkung – die Steuerrechnung hatten wir bereits vier Tage nach der Trauung im Briefkasten. Wenn doch die Verwaltung immer so schnell und effizient wäre.

Freie Entscheidung eingeschränkt

Dabei störte ich mich nicht einmal daran, dass wir prinzipiell nun mehr Steuern bezahlen müssen. Wir leben schliesslich in der Schweiz, und ich den-

ke, dass hier im Gegensatz zu anderen Ländern diese Einnahmen der Steuern doch grösstenteils vernünftig eingesetzt werden. Auch geht es mir nicht um den Schutz der Ehen, ich beziehe mich aber darauf, dass ich hier in meiner freien Entscheidung eingeschränkt werde respektive eine finanzielle «Bestrafung» erhalte, wenn ich mich für eine Heirat entscheide.

Ich bin der Meinung, jeder sollte eine individuelle und eine freie Wahl haben, unabhängig vom Zivilstand. Die Individualbesteuerung ist der Schlüssel zu einer nachhaltigen und fairen Steuerpolitik, deshalb lege ich Ihnen,werte Leser, nahe, mit uns gemeinsam sich für die Volksinitiative



Kamylla Lisi-Brandino ist im Vorstand der FDP Frauen Kanton Zürich sowie der FDP Meilen.

Individualbesteuerung einzusetzen, um diesem Problem nach mehr als 40 Jahren endlich politisch mit einem Lösungsvorschlag entgegenzutreten.

Kamylla Lisi-Brandino
Vorstand FDP Frauen Kanton Zürich

«Jeder sollte eine individuelle und eine freie Wahl haben, unabhängig vom Zivilstand.»



Bis 2045 fehlen der AHV 200 Mrd. Franken!

Die Lösung der Sozialdemokraten:

**MWST um 4% erhöhen und
KMU schwächen!**

Unsere Lösung:

die Renteninitiative.



Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

Nein zur Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotikaeinsatz»



NEIN

Nein zur Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide»



JA

Ja zum Covid-19-Gesetz



JA

Ja zum CO₂-Gesetz



JA

Ja zum Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)

AGENDA

3. Juli 2021

Delegiertenversammlung, Martigny

28. August 2021

Sternwanderung in Thun

2. Oktober 2021

Delegiertenversammlung, Ort noch offen

Jetzt Masken bestellen

Schutzmasken sind momentan unverzichtbare Begleiter. Bei der FDP können zertifizierte Stoffmasken mit der Aufschrift «Freiheit und Verantwortung» in den Grössen M und L bestellt werden. Ebenfalls möglich ist die französische Beschriftung «Libre et Responsable». Eine Maske kostet Fr. 7.– plus Versandkosten und lässt sich unter www.fdp.ch/shop bestellen oder einfach den QR-Code mit der Handykamera scannen.



FDP Die Liberalen

SAVE THE DATE

Nationale FDP-Sternwanderung
Freisinniger Wandertag mit FDP-Parlamentarierinnen und Parlamentarier

28. August 2021
Treffpunkt: Region Thun



Warum kommt 5G?

Darum ist der weitere Ausbau wichtig

Im Durchschnitt braucht heute jeder von uns hundert Mal mehr mobile Daten als vor zehn Jahren. Nur mit neuen Technologiegenerationen – wie aktuell 5G – können die Mobilfunkbetreiber dieses Wachstum stemmen.

Mobilfunk ist eine Erfolgsgeschichte

Mit jeder Generation kamen neue Anwendungen dazu. Diese entstanden, nachdem die Netze gebaut waren. Für 5G gelten übrigens die gleich strengen Regeln wie für die bisherigen Mobilfunkgenerationen.

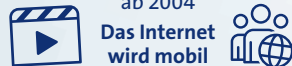
1G
ab 1978
Mobile Telefonie



2G
ab 1993
Der grosse Durchbruch



3G
ab 2004
Das Internet wird mobil



4G
ab 2012
Neue Anwendungen für jede Lebenslage



swisscom

Was ist jetzt mit 5G?

Mehr zu 5G, Mobilfunk, Gesundheit und Umwelt finden Sie hier.



[swisscom.ch/5gflier](https://www.swisscom.ch/5gflier)